

Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **68 (1981)**

Heft 16: **Bruder Klaus und das Stanser Verkommnis**

PDF erstellt am: **01.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Museumsleitung bittet Lehrer, die mit ihren Klassen die Ausstellung besuchen wollen, um Voranmeldung. Sie empfiehlt dringend, dass der Lehrer die Ausstellung vor der Exkursion mit der Klasse besucht.

Das Museum ist geöffnet vom Palmsonntag bis Allerheiligen täglich von 9.30–12.00 und 14.00–17.00. Adresse: Bruder Klaus Museum, Dorfstrasse 4, 6072 Sachseln, Tel. 041 66 55 83

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Anerkennung von Maturitätsausweisen

Auf Antrag der Eidgenössischen Maturitätskommission hat das *Eidgenössische Departement des Innern* die von den nachstehend genannten Schulen ausgestellten Maturitätsausweise eidgenössisch anerkannt:

Kanton Schwyz: Kantonsschule Pfäffikon, Typus C; *Kanton Jura*: Collège St-Charles, Pruntrut, Typen A, B; *Kanton Waadt*: Gymnase cantonal du Bugnon, Lausanne, Typen B, C, D; *Kanton Genf*: Collège de Saussure, Petit-Lancy, Typen A, B, C, D.

ZH: CGZ gegen das Hauswirtschaftsobligatorium

Die *Christliche Gewerkschaftsvereinigung des Kantons Zürich (CGZ)* hat in einer ausführlichen Eingabe an die Erziehungsdirektion zum Gesetzesentwurf über die Schule für Haushaltführung und Lebensgestaltung (SHL-Gesetz) Stellung genommen. Sie lehnt den obligatorischen Unterricht für die Jugendlichen nach Abschluss der Schulpflicht wegen der grossen zeitlichen und materiellen Nachteile für die in der Ausbildung stehenden weiblichen und männlichen Jugendlichen ab. Den freiwilligen Kursen (auch für Erwachsene) und der Hauswirtschaftlichen Berufsschule steht die CGZ dagegen sehr positiv gegenüber.

Die christlichen Gewerkschaften sehen die Notwendigkeit einer Ausbildung in Hauswirtschaft und Lebensgestaltung durchaus ein. Als gangbare Alternative schlagen sie deshalb der Zürcher Erziehungsdirektion vor, diesen Unterricht für Knaben und Mädchen obligatorisch in den *Schulunterricht aller Stufen* (auch der Mittelschule) einzubauen. Das heute bestehende wie auch das im Gesetzesentwurf sogar auf das 21. Altersjahr ausgedehnte nachschulische Obligatorium wird von den christlichen Gewerkschaften konsequent abgelehnt.

BE: Wander-Kindergärtnerinnen im Berner Jura

Für Kinder aus abgelegenen oder wenig bevölkerten Gebieten bleibt der Besuch eines Kindergartens vielfach ein kaum zu erfüllender Wunsch. Auf Grund der guten Erfahrung in verschiedenen Gegenden des deutschsprachigen Kantonsteils führt die *Erziehungsdirektion des Kantons Bern* auch im Berner Jura einen einjährigen Versuch mit Wander-Kindergärtnerinnen durch.

Beschäftigt werden junge, bisher stellenlose Kindergärtnerinnen, die unter Aufsicht einer Projektleiterin vom französischsprachigen Kindergärtnerinnenseminar Biel an verschiedenen Orten wöchentlich zwei bis viereinhalb Tage Kindergartenunterricht erteilen. Die Entlohnung der Kindergärtnerinnen wird bei diesem Pilotprojekt vom Staat übernommen, während die betreffenden Gemeinden (Region Mont-Soleil - La Chaux-d'Abel, Saicourt, Plagne) die Versicherung finanzieren. Die Kosten für Lokalmieten, Mobiliar und Heizung werden teils von den Gemeinden, teils von Privaten übernommen.

ZG: Erfolgreiche 90. Schweizerische Lehrerfortbildungskurse in Zug

Vom 6. bis 31. Juli beherbergte der Kanton, insbesondere die Stadt Zug die 90. Schweizerischen Lehrerfortbildungskurse des SVHS. Nahezu 2000 Lehrerinnen und Lehrer aller Stufen bildeten sich in 105 verschiedenen Kursen weiter. Ein Teil davon wurde parallel in deutscher und französischer Sprache geführt. Die 160 Kursleiter waren fast ausschliesslich selbst Lehrer. Wie der Präsident des Vereins, Jakob Altherr, anlässlich einer Pressekonferenz sagte, sollen diese Kurse helfen, den Lehrer aus seiner Isolation zu befreien, ihm die Möglichkeit geben, im Team zu arbeiten, Neues zu lernen, sich

selber zu kontrollieren und evtl. zu korrigieren. 53% der Kursteilnehmer waren Frauen, 52% nicht mehr als 30jährig, ein Drittel zwischen 30 und 40 Jahre alt.

Den Kursteilnehmern wurde ein reiches Rahmenprogramm für die Freizeit angeboten: Ausflüge, Spiel und Sport, Theater und Konzerte liessen die Tage im Zugerland zum aufbauenden Erlebnis werden. Die Organisation klappte ausgezeichnet, sodass Kursdirektor Bruno Tschofen und seinen Mitarbeitern ein uneingeschränktes Lob gespendet wurde.

Hans Köchli, Redaktor der SVHS-Zeitschrift «Schule 81», hatte in Nr. 6 eine Sondernummer dem gastgebenden Kanton gewidmet, die viel Sehens- und Wissenswertes über Stadt und Land Zug vermittelt.
CH

AG: Weniger Primar- – mehr Sekundarschüler

Die Kindergärten wurden letztes Schuljahr im Aargau von 9721 Kindern besucht. 246 Kinder weniger als im Herbst 1978. Die Primarklassen 1 bis 5 wiesen 32 456 Schüler auf oder 2795 Kinder weniger als vor zwei Jahren. Um 135 Schüler kleiner war mit 6339 auch die Zahl der Realschüler. Hingegen war die Zahl der Sekundarschüler um 433 auf 10 658 angewachsen. Die Bezirksschulen wiesen mit 11 068 Schülern ein Plus von 10 gegenüber dem Jahre 1978 auf. Auch bei den Berufswahlschulen wurde bei einem Gesamtbesuch durch 596 ein kleines Mehr von 12 Schülern registriert. Auffallend ist einmal mehr, dass die eigentlich angestrebte Drittelung der Volksschuloberstufe sich mehr und mehr zugunsten der Realschulen verschiebt.

Umschau

Richtlinien für Verträge mit Privatschulen

Unter dem Präsidium von *Dr. Fred Haenssler* (Bern) tagte der *Verband schweizerischer Privatschulen* der deutschen und italienischen Schweiz (VSP) in Interlaken. Der VSP zählt gegenwärtig 180 Mitglieder. An den Verbandsschulen werden ungefähr 50 000 Schülerinnen, Schüler und Kursbesucher unterrichtet.

Ganz im Sinne des Konsumentenschutzes fasste die Generalversammlung einen wichtigen Beschluss in Sachen «Schulvertrag». Einstimmig wurde beschlossen, für die Mitgliedschulen «*Richtlinien für Schulverträge*» zu erlassen. Alle dem Verband angehörenden Schulen verpflichten sich, ihre Schulverträge bis spätestens am 31. Dezember 1982 entsprechend anzupassen. Die wesentlichsten Punkte der Richtlinien verlangen, dass das *Schulgeld* aus dem Prospekt klar ersichtlich ist, dass der Zahlungsmodus eindeutig festgelegt wird. Aus dem Schulvertrag muss hervorgehen, was im Schulgeld inbegriffen ist. Der Schulvertrag soll vor Ablauf der vorgesehenen Ausbildung jeweils auf Ende eines Semesters unter Einhaltung einer dreimonatigen *Kündigungsfrist* aufgelöst werden können.

Zurzeit konzentriert sich der Verband auf die Verwirklichung des Postulats «*Freiheit der Schulwahl*». Der Staat soll die Schaffung und den Besuch privater Bildungseinrichtungen erleichtern. Erste Erfolge scheinen sich bereits abzuzeichnen. So ist beispielsweise die im *Kanton Bern* lancierte *Initiative* für freie Schulwahl mit 15 000 Unterschriften zustande

gekommen. Sie verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder in einer Privatschule unterrichten lassen, Anspruch erhalten auf Rückerstattung der ausgewiesenen Kosten für Schulgeld und Lehrmittel bis zu dem Betrag, den Staat und Gemeinde im Durchschnitt im gleichen oder vergleichbaren Schultyp der öffentlichen Schulen aufwenden. In anderen Kantonen sind ähnliche Bestrebungen im Gange.

Um den Anliegen der Privatschulen mehr Nachdruck zu verschaffen, haben sich im vergangenen Jahr alle nichtstaatlichen Schulen der Schweiz in einer *Arbeitsgemeinschaft schweizerischer Privatschulen* zusammengeschlossen. Neben dem Verband schweizerischer Privatschulen (etwa 200 Schulen) gehören der Arbeitsgemeinschaft die Konferenz katholischer Schulen und Erziehungsinstitute (etwa 200 Schulen), der Verband freier evangelischer Schulen und die Rudolf-Steiner-Schulen (je etwa 25 Schulen) an. Die Arbeitsgemeinschaft will in erster Linie versuchen, die *Funktion der Privatschulen* und auch das *Elternrecht auf freie Schulwahl* zu definieren, die Aktivitäten in der Schul- und Bildungspolitik zu harmonisieren und die Öffentlichkeit über die Tätigkeit der Privatschulen zu informieren.

(NZZ vom 17.7.81)

Gesamtschulgesetz in Nordrhein-Westfalen

Der Nordrhein-Westfälische *Landtag* hat am Donnerstag mit der Mehrheit der regierenden Sozialdemokraten und gegen die Stimmen der oppositionellen CDU das Gesamtschulgesetz verabschiedet.